

Albrecht Müllers Beitrag "[Über die Auftragsarbeit der „Experten“ von der Leopoldina: Durchwachsen.](#)" hat schnell zahlreiche Reaktionen bei unseren Lesern ausgelöst. Einige Leser weisen auf frühere Aussagen der Leopoldina hin, in denen die „Experten“ offenbar für die Reduktion der Anzahl der Krankenhäuser plädierten. Herzlichen Dank an unsere Leserschaft für die gesendeten Leserbriefe. Im Folgenden finden Sie einige der Zuschriften. Zusammengefasst von **Christian Reimann**.

1. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Müller,
sehr geehrtes NDS-Team

danke für die analytische Bewertung der Leopoldina Ad-Hoc-Stellungnahme. Ergänzungen:

1. Es handelt sich nicht um ein Gutachten oder eine Studie. Das Papier definiert sich als "Ad-Hoc-Stellungnahme". Damit stellen die Verfasser ihre Arbeit wie Arbeitsweise außerhalb eines wissenschaftlichen Anspruchs. Wenn Wissenschaftler sich Ad hoc zu einer mehrdimensionalen, neuen Fragestellung äußern, arbeiten sie mit ihrem gesunden wissenschaftlichen Volksverstand und haben die gleiche Legitimität, die auch eine Stammtischerörterung geltend machen kann. Für eine größere Validität der Empfehlungen mag allerdings sprechen, dass sie von zum wissenschaftlichen Handeln befähigten Personen erstellt wurden. Letztlich wird der Bevölkerung und den Regierenden abverlangt, dass wir dem formulierten Sachverstand ad hoc glauben.
2. Die in den Medien zum Gutachten hochgespielte Ad-Hoc-Stellungnahme der Leopoldina wird von Angela Merkel als eine der "Studien" bezeichnet, auf deren Grundlage sie mit den Länderregierungen über das weitere Vorgehen entscheiden werde. Welche Studien dies sind, wer sie beauftragt hat und welchen Umfang ggf. Beauftragungen sie haben, wird der Öffentlichkeit nicht offengelegt. Wer Entscheidungs- und Abwägungsprozesse nicht offenlegt, verlangt von der Bevölkerung den Glauben ab, dass die Regierenden ihr Handeln mit Wissen und Kenntnissen bekleidet haben. Dies rufen uns unsere demokratische Kaiserin mit diversen Landesfürsten und dem (wissenschaftlichen) Hofstaat zu. In Zeiten des zum Teufel mutierten Virus hilft nur Glauben und Abweisung dessen, was wir seit der Aufklärung gelernt und teilweise blutig erstritten haben.
3. Die Ad-Hoc-Stellungnahme beachtet die eigenen Forderung nicht, Akteure sollten : "die jeweiligen Abwägungsprozesse offenlegen und entsprechend kommunizieren. (S. 2 sowie Kapitel 5) Nichts legt die Arbeitsgruppe offen. Wir bekommen nur die Diskussionsergebnisse ohne nachprüfbar Begründungen. Es wäre Aufgabe der Leopoldina Arbeitsgruppe gewesen, die (Selbst-)Beauftragung öffentlich zu

dokumentieren. Zu den verschiedenen Aspekten dürfte es doch Arbeitspapiere gegeben haben. Unvollstellbar ist, dass es auf der Basis der Ad-Hoc-Erkenntnisse zu einzelnen Sachverhalten und Vorschlägen keine Mindermeinungen gegeben hat. Warum werden diese und die damit verbundenen Abwägungsprozesse nicht offengelegt?

4. Aber vielleicht gab es solche Abwägungsprozesse nicht: Schon die Besetzung der Arbeitsgruppe lässt die Ausgrenzung kritischer Positionen erkennen. Warum wurde nicht wenigstens einer der wissenschaftlichen Corona-Skeptiker einbezogen? Die Zivilgesellschaft von Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden fehlt völlig. Man mag das in Kreisen der Wissenschaft so halten einschließlich des weitgehenden Ausschlusses von Frauen in der Arbeitsgruppe. Dann sind aber auch, wissenschaftlichen Standards folgend, die eigenen Grenzen zu benennen. Dies gilt umso mehr, als da Angela Merkel schon Tage vor den Empfehlungen öffentlich erklärt hat (9.4.20 - "Jetzt nicht nachlassen"), dass die "Studie" der Leopoldina zentraler Baustein für das weitere Vorgehen sein soll.
5. Da unsere Regierenden samt wissenschaftlichem Hofstaat mit überprüfbaren Informationen geizen, habe ich zwei Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz hier und hier an das Bundeskanzleramt gerichtet. Für wünschenswert halte ich, wenn weitere Anfragen von einem breiten Publikum gestellt würden. Auch das ist in Zeiten der Aushebelung des Grundgesetzes eine Demonstration. Und die herausgewundenen Dokumente nebst Leerstellen der Erkenntnisse können später Grundlage sein, wenn das Bundesverfassungsgericht sein politische Schockstarre abgelegt haben wird, die Erforderlichkeit, Geeignetheit und Angemessenheit der Einschränkungen von Grundrechten zu belegen.

Herzlichst und mit Dank für die bisherige Arbeit der NDS, Ihr
Alfons Kleine Möllhoff

2. Leserbrief

Liebe Nachdenkseiten,

hier noch ein Hinweis zum Wirken der Leopoldina, das nicht außer Acht gelassen werden sollte:

sueddeutsche.de/gesundheit/medizin-wissenschaftler-halten-1300-kliniken-fuer-ueberfluessig-1.3221646

Mich wundert nicht, wenn die Menschen Wissenschaft wieder zunehmend als Meinung wahrnehmen – eine fatale Entwicklung.

Weiterhin viel Erfolg
V. Kronenberg

3. Leserbrief

Wichtig erscheint mir zu dem Artikel

“Über die Auftragsarbeit der „Experten“ von der Leopoldina: Durchwachsen”

noch der Hinweis auf folgendes aus dem Jahr 2016:

leopoldina.org/presse-1/pressemitteilungen/pressemitteilung/press/2437/

Zitat: Leopoldina-Diskussionspapier empfiehlt bessere Verteilung von Ressourcen und weniger Klinikstandorte

.....

Es brauche den politischen Willen, die Krankenhausstruktur grundlegend zu ändern und die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, eine Reduktion der Zahl der Krankenhäuser, nicht nur der Betten, zu erreichen.

Sonnige Grüße
J. Oldenburg

4. Leserbrief

Lieber Herr Müller, liebes Nachdenkseiten-Team,

die Ausdrucksweise der Damen und Herren aus dem oft so genannten Elfenbeinturm der Leopoldina ist denkbar vorsichtig. Professoren sind nun einmal entweder Beamte und damit zu Gehorsam verpflichtet, oder sie sind von so genannten Drittmitteln abhängig, die aus einschlägigen Industriebereichen oder von Stiftungen stammen. Nennen wir das mal nicht

Korruption. Man darf als Professor nur längst nicht alles sagen, was einem so durch den Kopf geht, außer die Meinung ist opportun. Der bekannte Fernseh-Astronom Prof. Harald Lesch führt solch kriecherischen Opportunismus vor, wenn er als fachfremder Erklär-Bär durch seine Sendungen irrlichtert und die erratische, von RKI und Charité geprägte Regierungsmeinung zu Coronaviren kundtut.

Der überfällige Rückzieher der Politik wird der Beginn eines gigantischen Skandals. Ich frage mich, wieso sich keine Partei dazu entschließen kann, ihn loszutreten? Die Grünen tun so als würden sie bei der Groko mitregieren. Tatsächlich haben die weder Ahnung noch Meinung. Bei der AfD, FDP und der Linken blickt auch keiner durch, was keinen wundert oder stört.

Ich behaupte: da werden demnächst viele Pöstchen frei. Traurig nur, dass nunmehr durch die Übersteuerung die gesamte Volkswirtschaft in Schieflage ist und sich so eine verbrannte Billion auch nicht binnen Wochen im Homeoffice wieder erwirtschaften lässt!

Bleiben Sie gesund. Ich werde mir dieser Tage, wenn ich diesen Gruß schreibe immer sicherer, dass unser Verhängnis nicht ein übler Husten namens Covid-19 sein wird.

Freundliche Grüße
Dr. Andreas Schell

5. Leserbrief

Lieber Herr Müller,

Besten Dank für den Artikel über die Leopoldina „Experten“.

Hierzu möchte ich noch an folgenden Artikel aus der Süddeutschen vom Oktober 2016 erinnern.

Hier erklärte die „Nationale Akademie der Wissenschaften“ (Leopoldina) 1300 Kliniken und Deutschland für überflüssig.

Siehe Link: [sueddeutsche.de/gesundheitspolitik/mediziner-halten-1300-kliniken-fuer-ueberfluessig-1.3221646](https://www.sueddeutsche.de/gesundheitspolitik/mediziner-halten-1300-kliniken-fuer-ueberfluessig-1.3221646)

Diese sogenannten „Experten“ sind nun also der Weisheit letzter Schluß für unsere

Regierung.

Na dann, viel Erfolg.

Mit besten Grüßen aus Stuttgart
und bleibt weiter am Ball

Rudi Doster

6. Leserbrief

Liebes NDS Team, vorab, wie immer, meinen herzlichen Dank für Ihre Arbeit und die Berichte.

Ich habe gestern noch mit einem Bekannten telefoniert und mir ging es dabei auch darum, wie werden die (gleichgeschalteten und regierungstreuen) Medien wohl in dieser Woche berichten wenn es darum geht, daß evtl. erste Einschränkungen unserer Grundrechte gelockert werden sollen. Schliesslich sind viele Maßnahmen vorläufig bis zum 18./19. April befristet.

Und dann tauchte am Ostermontag plötzlich in einem Newsticker der Name Leopoldina auf. Und heute Morgen dann in mehreren Artikeln der hiesigen Tageszeitung wieder. Ich habe darauf hin mir mal die HP dieses Instituts angeschaut. Zu dem "Experten" (vielen Dank, daß Sie in Ihrem Bericht den Namen in Klammern gesetzt haben) kann ich nichts sagen. Und ich war erstaunt, vorher nichts von Gutachten dieses Instituts gehört zu haben. Ist mir das wirklich entgangen, schließlich gab es schon am 21. März und 03. April Stellungnahmen zum Umgang mit Corona von dieser Expertengruppe. Und Sie schreiben in Ihrem Kommentar zu der 3ten Expertise ja auch, daß plötzlich RKI und Prof. Drosten nicht mehr gefragt zu sein scheinen. Es bleibt also spannend, ich denke da besonders an Mittwoch, wenn Merkel und die Landesfürsten tagen. Auch interessant in diesem Zusammenhang eine Umfrage, wo es um die Zustimmung zu den Einschränkungen in der Bevölkerung geht. Immerhin 44% sind für ein Verlängerung der bisherigen Einschränkungen. #WER wird da nur immer gefragt?# Frankreich hat solches ja schon umgesetzt.

Und noch etwas ist mir bei der heutigen Zeitungslektüre wieder aufgefallen, es scheint immer noch reichlich besorgte Bürger zu geben, so auch über Ostern, die meinen, jeder angeblichen Verstoss gleich melden zu müssen. Das hat auch ein Ehepaar aus NRW zu

spüren bekommen, die es gewagt hatten, ihre Zweitwohnung in der Nachbargemeinde aufzusuchen. Wird ein teurer Osterausflug.

Ein andere Sache beschäftigt mich seit gestern. Durch den Newsticker von t-online bin ich auf den Fall der Rechtsanwältin Bahner aufmerksam geworden. Diese Frau hat gegen die eingeleiteten Maßnahmen geklagt, ist mit ihren Eilanträgen zwar vor Gericht gescheitert, hat es aber auch gleich mit dem Staatsschutz zu tun bekommen und ihre HP wurde vom Netz genommen. Update dazu dann heute Morgen, sie ist in der Psychiatrie gelandet. Hier der Ausschnitt aus Ken-FM dazu:

Am Ostersonntag wurde die Frau spontan von der Heidelberger Polizei aufgegriffen. „Sie wirkte verwirrt“, wie es später hieß. Man verpasste ihr, nach eigenen Aussagen, Handschellen und fuhr die Verwirrte direkt in die Psychiatrie der Heidelberger Uniklinik. Hier wird sie bis zur Stunde vorübergehend, aber vielleicht dauerhaft, beobachtet. Rechtsbeistand? Ist erst mal nicht vorgesehen. Fakt ist: Die Anhörung vor einem Richter, bezüglich ihrer Aufforderung den Artikel 8 des GG weiter zu leben, wird wohl ohne sie stattfinden. Ob die Frau jetzt wirklich durchgedreht ist, oder für durchgedreht erklärt wurde, ist aktuell nicht zu beantworten.

Das Vorgehen der Frau bzgl. der Klage gegen die Einschränkungen mag populistisch und/oder falsch sein, was aber nach meinem Verständnis nicht geht, ist der Einsatz des Staates und seiner Organe. Erinnerung mich, wie viele andere auch, an den Fall Gustl Mollart.

In diesem Sinne, bleiben Sie wachsam.

Viele Grüße
Reinhard Rödenbeck

Anmerkung A.M.: Wachsam schon, aber auch skeptisch.

7. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Müller,

ich beziehe mich auf den von Ihnen erläuterten Artikel vom 14.04. zum Leopoldina-Bericht.

Es wird in einem Punkt erwähnt, dass erst der harte Sparkurs der letzten Jahre es ermöglicht, diese Felder freizusetzen die jetzt benötigt werden.

Ich bitte Sie, dieses Argument so schnell wie möglich mit Fakten zu widerlegen. Ich befürchte nämlich, dass hier eine Legende aufgebaut wird. Dagegen muss ganz schnell die Öffentlichkeit aufgeklärt werden.

Ich denke nämlich nicht, dass es so ist.

Mit freundlichen Grüßen
C. Müller

***Anmerkung A. M.:** Hier wird in der Tat eine Legende aufgebaut. Wir werden demnächst eine Kurzanalyse dieser Legende bringen.*

8. Leserbrief

Guten Tag Herr Müller,

die ideologisch geprägte ad-hoc-Stellungnahme der Leopoldina zeigt sich auch im Abschnitt Nachhaltigkeit, wo nicht nur das Schlagwort „Green Deal“ auftaucht. Dass darin die deutsche Energiewende so nebenbei beerdigt statt wiederbelebt wird, kann man nur aus einem Nebensatz herauslesen: „... die schnellstmögliche Verabschiedung und Umsetzung der nationalen Wasserstoffstrategie“ bedeutet: Das „erfolgreiche“ Abwürgen der Energiewende mit Solar- und vor allem der Windenergie wird zur offiziellen Politik. Denn die Wasserstoffstrategie bedeutet: Keine weitere Förderung für erneuerbare Energien, die aus regionaler Wertschöpfung entsteht und eine dezentrale, d.h. exportunabhängige Energieversorgung erlaubt. Politisch gewünscht ist hingegen:

Entwicklung, Produktion und Export von High-Tec-Produkten, die im Ausland zur Wasserstoffherzeugung eingesetzt werden und über teure Pipelines den Import von Wasserstoff ermöglichen. Was wiederum nur möglich ist, wenn damit „Energiesicherheit“ über eine weitere Militarisierung der Außenpolitik erfolgt, worauf z.B. kürzlich BDI-Präsident Kempf am Rande der letzten Münchner Sicherheitskonferenz nochmals eindringlich hingewiesen hat (Handelsblatt vom 14.2.2020): Da 61% der Industriearbeitsplätze vom Export abhängig seien, müsse die deutsche Exportwirtschaft durch militärische Aufrüstung geschützt werden, um damit Handelswege militärisch abzusichern.

Abgesehen davon, dass nach Meinung aller ernstzunehmender Experten die deutsche

Wasserstoffstrategie nur als Traumtänzerie bezeichnet werden kann, ist dieses zusammen mit den genannten „flankierenden Maßnahmen“ ein Irrsinn, der absolut nichts mit Nachhaltigkeit zu tun hat.

Herzliche Grüße
Karl-Heinz Peil

9. Leserbrief

Sehr geehrte Nachdenkende,

Aus meiner Sicht ist es nicht verwunderlich, dass jetzt vom RKI und Herrn Drosten weniger geredet wird. Sieht man sich die Einbindung der beiden bei der Leopoldina an, so weiß man auch, dass in dieselbe Kerbe geschlagen wird wie vorher.

Sehr bedenklich finde ich außerdem, dass die Gesamttendenz der Stellungnahme weiterhin darauf abzielt, Herdenimmunität zu hinauszuzögern und die ganze Sache zeitlich zu verlängern (man vergleiche die Hinweise von Herrn Wittkowski bezüglich der deutschen Strategie). Aber das ist nicht verwunderlich: man möchte ja an den Impfungen verdienen, und das braucht noch etwas. Wäre doch schade, wenn die Impfstoffe dann nicht mehr gebraucht würden, oder?

Ein Pharmedlobbyst als Gesundheitsminister hat seine eigenen Ideen ...

Beste Grüße
Stefan Carl em Huisken

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden Emailadressen:

- [leserbriefe\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:leserbriefe@nachdenkseiten.de) für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.

- [hinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:hinweise@nachdenkseiten.de) wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- [videohinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:videohinweise@nachdenkseiten.de) für die Verlinkung von interessanten Videos.
- [redaktion\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:redaktion@nachdenkseiten.de) für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „[Gebrauchsanleitung](#)“.